

Großbritannien

Alte Rezepte

Die britische Wirtschaft wächst besonders schnell. Aber kann das so bleiben? von Bettina Schulz

DIE ZEIT N° 22/201428. Mai 2014



Passanten vor der Bank of England, der britischen Zentralbank.

| ©Reuters/Luke MacGregor

Großbritannien hat's geschafft. Die Wirtschaft wächst stärker als jene der anderen im G-8-Club der großen Wirtschaftsnationen. Schatzkanzler George Osborne fühlt sich bestätigt. Trotz seiner Sparpolitik prescht die britische Wirtschaft mit einem Jahreswachstum von 3,1 Prozent voran. Die Bank von England wird die erste der großen Zentralbanken sein, die nach der jüngsten Krise über eine Normalisierung ihrer Geldpolitik nachdenken muss und darüber, die Zinsen zu erhöhen.

Wer hätte das gedacht? Als sich die Konservativen David Cameron und George Osborne vor vier Jahren zur Wahl stellten, warnte Notenbankgouverneur Mervyn King, dass – wer immer das Land durch die notwendige Sanierung der Staatsfinanzen führen werde – auf lange Zeit nicht wiedergewählt werde. So hart würden die Einschnitte ausfallen müssen, die Befürworter der Politik damit begründeten, dass ein Land mit saniertem Haushalt und wettbewerbsfähiger Wirtschaft langfristig bessere Wachstumschancen habe. Doch nun sind viele von Osbornes Kritikern verstummt, die nach mehr Ausgaben und weniger Kürzungen gerufen hatten.

Ist Großbritannien also der Beweis dafür, dass ein hoch verschuldetes Land auch in schlechten Zeiten mit harter Sparpolitik wieder auf Kurs gebracht werden kann? Haben die Briten all das richtig gemacht, wofür andere Länder viel mehr Zeit, Überredungskünste und Überbrückungshilfe brauchen?

Als die konservativ-liberale Koalition 2010 an die Macht kam, eskalierte die Euro-Krise gerade in Griechenland. Um nicht auch in den Strudel der Schuldenkrise hineingezogen zu werden, war es für Großbritannien wichtig, das Vertrauen der Geldgeber am Kapitalmarkt zu erhalten. Dies sei, so argumentierte Osborne damals, nur mit einem klaren Bekenntnis zur Sanierungspolitik möglich, wobei er sich auch auf die Unterstützung der Zentralbank verlassen konnte. So begann die Regierung ein unvergleichliches Sparprogramm, bei dem einzelne Kabinettsressorts Kürzungen von bis zu 25 Prozent umsetzen mussten. Gleichzeitig

half die Notenbank dem Land mit außergewöhnlichen Maßnahmen zur Senkung der Zinsen über die Durststrecke hinweg.

Keine Frage, ein Flop war Osbornes Sanierungsstrategie nicht. Doch darf sie auch nicht überbewertet werden. Zunächst verunsicherte die Ankündigung von drakonischen Einsparungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Kürzungen von staatlichen Investitionen Bevölkerung und Wirtschaft. Dazu kam die Unsicherheit im Rest der Welt: In der Europäischen Währungsunion eskalierte die Schuldenkrise. Und die Wirtschaftserholung der Vereinigten Staaten ließ damals noch auf sich warten. All dies würgte die Konjunkturerholung im Jahr 2010 in Großbritannien wieder ab. Wichtiger noch, der Wandel, den Osborne eigentlich geplant hatte, nämlich der Ersatz von staatlichen Investitionen durch solche im Privatsektor, fand nicht statt. Die Haushaltssanierung lief dem Schatzkanzler indessen aus dem Ruder, weil Steuereinnahmen ausblieben und die Sozialausgaben den Haushalt weiter belasteten.

Im Jahr 2012 lockerte Osborne schließlich seine Sparmaßnahmen – und Kritiker sagen, erst danach habe sich die unnötig geschwächte Wirtschaft erholt. Das ist freilich schwer zu bewerten, denn 2012 war das Jahr, in dem sich auch die Euro-Zone und die Vereinigten Staaten erholten.

Weder ist Haushaltssanierung geschafft noch der notwendige Strukturwandel eingeleitet

Mittlerweile haben die Bank von England durch niedrige Zinsen und der Staat durch die Subventionierung von Billighypotheiken eine Erholung eingeleitet, die wieder einmal vom Immobilienmarkt ausgeht. Dieser Markt ist in Großbritannien nicht irgendein Segment der Wirtschaft, er ist ein Indikator für das Wohl und Wehe des Landes. Das Eigenheim ist für viele Engländer so wichtig wie der Arbeitsplatz. Der Wert der Immobilie spiegelt die Höhe des Vermögens und der Altersvorsorge wider. Wenn der Wert ihrer Immobilien steigt, sparen die Briten weniger und konsumieren mehr. Daher setzt die Regierung ihren Hebel auch am Immobilienmarkt an, um die Konjunktur zu bewegen.

Anders als in Deutschland hat in Großbritannien der Export die Konjunktur in der Schwächephase nicht gestützt. Der Wandel vom Import hin zum Export, vom Konsum hin zu Investitionen, von der Abhängigkeit von Dienstleistungen und Finanzwirtschaft zu Forschung und Industrie kommt nicht ausreichend in Gang.

Zudem fehlt es der britischen Wirtschaft an Produktivität. Ein von der Geldpolitik und Notprogrammen der Regierung über den Immobilienmarkt beförderter Konsum ist nicht nachhaltig. Wenn sich die Entwicklung festigen soll, muss die Produktivität steigen, müssen die Löhne zulegen, muss investiert und eingestellt werden, ohne dass dies in einer höheren Inflation mündet.

Die Bank von England wartet nun damit, die Zinsen zu erhöhen, bis die Unternehmen wieder mehr produzieren und ihre Überkapazitäten abgebaut haben – steigende Immobilienpreise hin oder her. Manche Briten erinnert das an Zeiten, in denen Regierung und Notenbank zu spät auf die Überhitzung am Immobilienmarkt reagierten.

Derzeit führt die britische Notenbank alle erdenklichen Argumente an, um eine Zinserhöhung hinauszuschieben. Sie und die Regierung haben kein Interesse daran, dass ein britischer Alleingang – EZB und Federal Reserve halten ihre Zinsen weiter auf niedrigem Niveau – einen Anstieg des Pfund-Wechselkurses auslösen könnte, der den Export unterminieren könnte.

Im Wahlkampf 2015 wird die Regierung das derzeitige Wirtschaftswachstum als Argument für ihre Politik nutzen. Aber weder ist die Haushaltssanierung geschafft, noch hat die Regierung den notwendigen Strukturwandel der britischen Wirtschaft eingeleitet. Osbornes Erfolg ist lediglich ein kleiner Schritt auf einem noch sehr langen Weg.